

Grosse Solidaritätswelle für Traditionszeitung «Bund»

Über 7000 Berner haben die Petition zum Erhalt der Tageszeitung «Bund» bereits unterschrieben. Nationale Politiker von links bis rechts sowie die Berner Regierung wehren sich gegen eine Monopolzeitung in der Hauptstadt.

Von Barbara Spycher

Bern. - «Lieber 'Bund', von Kindsbeinen an bist du mein täglicher Begleiter. Wenn es dich nicht mehr geben sollte, lese ich nur noch Überschriften und höre Radio.» Das schreibt eine Bernerin in einem Leserbrief an den «Bund», nachdem die Besitzerin Tamedia am 1. Dezember bekannt gegeben hat, dass es die Berner Tageszeitung in ihrer jetzigen Form bald nicht mehr geben wird.

Vor über einem Jahr hatte der Zürcher Medienkonzern die Espace Media Groupe - und damit die «Berner Zeitung» und den «Bund» - übernommen und will nun aus wirtschaftlichen Gründen bis Mitte 2009 zwei Varianten prüfen. Entweder wird der «Bund» mit der «Berner Zeitung» zu einem Monopolblatt im Raum Bern fusioniert. Die teurere Alternative ist ein so genannter «TagesBund»: also der Zürcher «Tages-Anzeiger» angereichert mit «Bund»-Journalisten und einem «Bund»-Lokalteil für Bern.

Öffentlicher Diskurs

Als Mark Balsiger von der Sparrunde erfuhr, erschrak er über das Ausmass. Der Inhaber einer Berner Kommunikationsagentur sondierte bei Bekannten, stellte eine «grosse Betroffenheit» fest und baute in Kürze das Komitee «Rettet den Bund» auf. Im Co-Präsidium figurieren nationale Politiker von links bis rechts, darunter SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga und BDP-Ständerat Werner Luginbühl, Medienwissenschafts-Professor Roger Blum, Züri-West-Sänger Kuno Lauener und Wirtschaftsvertreter. Sie alle fordern, dass der «Bund» «im Strudel von Restrukturierungen und Sparmassnahmen nicht zerstückelt wird». Sie plädieren für den eigenständigen Erhalt der traditionsreichen Qualitätszeitung und sprechen sich explizit gegen die Fusion mit der «Berner Zeitung» aus. Denn: Für die Meinungsvielfalt brauche Bern zwei Zeitungen.

Auch die Berner Kantonsregierung richtete kürzlich einen schriftlichen Appell an Tamedia-Verwaltungsratspräsident Pietro Supino, eine Lösung für zwei redaktionell unabhängige Zeitungen anzustreben. Berns Stadtpräsident Alexander Tschäppät ist dem Komitee

ebenfalls beigetreten, sagt aber auch, man dürfe sich angesichts der wirtschaftlichen Situation «keine Illusionen» machen.

Emotionale Verbundenheit

Beeindruckend ist die Solidaritätswelle in der Bevölkerung. Innert eineinhalb Wochen haben bereits über 7000 Personen die Online-Petition unterzeichnet, jeden Tag kommen mehr dazu. Einige schicken mehrseitige Konzepte für eine neue Zeitung, andere kündigen ihre Bereitschaft an, für ein «Bund»-Jahresabo auch 100 Franken mehr zu zahlen. In Online-Kommentaren und Leserbriefen wird deutlich, dass der «Bund» für viele als anregender, unaufgeregter und geschätzter Begleiter zu ihrem Alltag gehört, eine Art «geistige Leibspeise zum Frühstück». Balsiger erklärt dies auch damit, dass es mehrere Generationen brauche, bis eine solche emotionale Verbundenheit entstehe. Der «Bund» hat eine bald 160-jährige Tradition. Im Gegensatz zu den meisten anderen Schweizer Zeitungen, die in den letzten Jahren aus Fusionen hervorgegangen sind.

Ob die Rettungsaktion mehr wird als eine sympathische Protestbewegung, ist aber fraglich. Tamedia-Sprecher Christopher Wehrli spricht zwar davon, dass die spürbare, grosse Wertschätzung für den «Bund» den Verlag in die Verantwortung nehme. Doch eine andere als die beiden präsentierten Varianten stehe nicht zur Diskussion. Und: Tamedia ist für unzimperliche Entscheide bekannt, der wirtschaftliche Druck unbestritten. Der «Bund» häuft mit seinen 65 000 Abonnenten seit Jahren Verluste an.

Dennoch wird das «Rettet den Bund»-Komitee über die Feiertage weitere Schritte prüfen, insbesondere ob eine «dritte Option» ausgearbeitet werde. Balsiger setzt darauf, dass Tamedia fürchten muss, zahlreiche «Bund»-Abonnenten zu verlieren, insbesondere bei einer Fusion mit der «Berner Zeitung». Diese kommt vielen städtischen «Bund»-Lesern nämlich zu boulevardesk daher.

www.rettet-den-bund.ch